**Erwiderung zum Vorwurf, wir würden mit unserer Äußerung, Deutschland sei**

 **nicht souverän, AFD- und Äußerungen der Staatenlosen bedienen**

1. Wenn zwei das Gleiche sagen, heißt das nicht, dass beide gleich sind!
2. Unsere – und zwar, soviel ich weiß, erste Analyse in Deutschland zu den Staatenlosen ( auch Reichsbürger genannt) und Analyse zur AFD-- stammt von uns und ist auf unserer Webseite w.w.w. muetter-gegen-den-krieg-berlin.de zu finden !
3. In unserer Vereinigung sind weder Anhänger der AFD, noch der Staatenlosen zu finden, sondern Vertreter der KPD, DKP, der Partei Die Linke, Freidenker und Christen !
4. Wenn Deutschland wirklich souverän wäre, dann bräuchte es nur einer höflichen Aufforderung von Frau Merkel an die USA, unser Land zu verlassen und die Bombardements anderer Länder von deutschem Boden aus zu unterlassen.

Stattdessen sind machtvolle Demonstrationen der deutschen Bevölkerung > siehe Umkreisung des amerikanischen Militärstützpunktes Rammstein diesen Jahres, die wiederholt werden müssen< notwendig, um die Amerikaner zum Abzug ihrer Truppen aus Deutschland zu bewegen !

1. Es ist erbärmlich, dass nicht die Schreihälse von ukrainischen und syrischen Nationalisten und Faschisten ins Visier von Matroschka genommen wurden, die uns gegenüber am 19.10.2016 am Bundeskanzleramt standen, sondern unsere kleine Gruppe der „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ !
2. Warum bedient sich die Webseite Matroschka der Anonymität und lässt nicht mal unsere schriftlichen Erwiderungen zu ihrem Geschmiere stehen ?

Die Annahme, dass einer der 4 großen deutschen, bzw. einer der 70-80 in Deutschland tätigen Geheimdienste seine Hand im Spiel hat, drängt sich auf !

1. Ich bin stolz auf meine Vereinigung von Frauen, Männern und Jugendlichen aus Deutschland, Russland, der Ukraine und Syrien, die seit fast 18 Jahren, nunmehr 2x wöchentlich, auf der Straße gegen Faschismus und Krieg steht und damit die Meinung der über 90 % der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck bringt !

c/o der „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“, Brigitte Queck, Dipl. Staatswissenschaftlerin Außenpolitik, am 1.11.2016